

Nach der Wahl: Die „Stunde Null“ der deutschen Sozialdemokratie

Ohne personellen Neuanfang und politische Rückbesinnung auf sozialdemokratische Grundwerte droht der SPD in der Oppositionsfalle die Bedeutungslosigkeit

1. Stunde Null

Der Ausgang der Bundestagswahl 2009 markiert für die bundesdeutsche Sozialdemokratie eine Zäsur von historischen Ausmaßen: Es ist das mit Abstand schlechteste Wahlergebnis seit dem Zweiten Weltkrieg. Die erdrutschartigen Verluste sprechen für eine „Stunde Null“ der deutschen Sozialdemokratie. Die Ursachen für das Wahldesaster liegen nicht alleine in der diesjährigen Wahlkampagne begründet. Dieser fehlte einerseits die thematische Zuspitzung und Polarisierung, andererseits fehlte der SPD auch eine realistische Regierungsperspektive jenseits der Rolle als Juniorpartner der Union. Allein die taktische Fehlleistung der Festlegung auf eine Ampel-Koalition mit der FDP und der gleichzeitigen Mobilisierung gegen das Schreckgespenst Schwarz-Gelb wurde vom mündigen Wahl-Bürger als inkonsistent durchschaut und zu Recht abgestraft. Nicht nur der Parteivorsitzende, sondern auch der Kanzlerkandidat tragen dafür die politische Verantwortung und müssen nun einem politisch-programmatischen und personellen Neuanfang Platz machen.

2. Tektonische Verschiebung der Parteienlandschaft: SPD auf dem Weg in die Bedeutungslosigkeit

Es droht nach diesem Wahlergebnis eine tektonische Verschiebung in der deutschen Parteienlandschaft, die die Rolle der SPD als „natürlicher“ Gegenspieler der Union in Frage stellt. In der Konstellation des schwarz-gelben Regierungsbündnisses wird die FDP die Rolle des neoliberalen Scharfmachers übernehmen und die Kanzlerin das soziale Gewissen spielen, die immer wieder als Moderatorin den Sozialabbau abfedern und in homöopathische Portionen dosieren wird. Diese Arbeitsteilung wird, falls sie funktioniert, einer SPD keine Profilierung und mittelfristige Machtoptionen eröffnen, solange sie sich politisch und personell nicht erneuert.

Eine SPD-Bundestagsfraktion, die sich unter die Führung von gescheiterten Agenda 2010-Politikern begibt, wird angesichts der zahlenmäßig und rhetorisch erstarkten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE keine führende Rolle spielen. Im Gegenteil: Das bisherige SPD-Führungspersonal ist aufgrund der eigenen Verstrickung in die Politik der Agenda 2010 und der Großen Koalition keine glaubwürdige Alternative zu Schwarz-Gelb und wird regelmäßig in sozialen Fragen von der LINKEN und in Fragen der Ökologie und der Bürgerrechte von den GRÜNEN vorgeführt und übertrumpft werden. Der Wähler wird sich im Laufe der kommenden Legislaturperiode unter diesen Umständen die Frage stellen: Wozu brauchen wir überhaupt noch diese Sozialdemokratie? Im Bundestag wird deshalb eine Reorganisation des politischen Lagers links der liberal-konservativen Parteien mit einem Fraktionsvorsitzenden Steinmeier extrem schwierig werden.

3. Ursachen für die Wahlniederlage

Die Parteispitze hat die größte Bewährungsprobe der SPD in ihrer jüngsten Geschichte nicht bestanden. Es ist vor allem nicht gelungen, die langfristig gewonnenen Grundüberzeugungen und Wertvorstellungen der sozialdemokratischen Wählerbasis erfolgreich anzusprechen. Dabei haben sich im abgelaufenen Jahr drei Themen geradezu aufgedrängt, um große Teile der ehemaligen SPD-Wählerschaft nicht nur im gewerkschaftlichen Spektrum erneut für die Sozialdemokratie zu mobilisieren:

- Korrekturen bei der „Rente mit 67“

- die Entwicklung einer konkreten Abzugsperspektive für den Afghanistaneinsatz und
- die Fragestellung, wer für die Zeche der Finanzkrise aufzukommen hat.

Die politische Botschaft, dass vor allem die Verursacher der globalen Finanzkrise via Börsenumsatz- und Finanzmarktsteuer in die Finanzierungspflicht genommen werden sollten, wurde lange Zeit viel zu verhalten oder erst viel zu spät (bei der Spekulationssteuer) kommuniziert.

In den ersten beiden Punkten wollten weder Franz Müntefering noch Frank-Walter Steinmeier über ihre politischen Schatten springen. Sie sprangen damit direkt ins politische Abseits. Es ist weder Frank-Walter Steinmeier noch der SPD-Wahlzentrale gelungen, mit einem der sozialdemokratischen Kern- und Gerechtigkeitsthemen die Union zu stellen oder der SPD-Wahlkampagne politische Konturen zu verleihen. Es konnte auf dieser Grundlage nicht gelingen, das immer noch große sozialdemokratische Wählerreservoir zu mobilisieren.

Zwar konnte der gelungene Auftritt des Spitzenkandidaten im TV-Duell mit der Thematisierung von Mindestlöhnen und Managergehältern der Wahlkampagne in der Schlussphase eine gewisse Profilschärfe verleihen und damit einen noch größeren Stimmeneinbruch verhindern. Doch ein gelungener Auftritt macht noch längst keinen politischen Frühling.

4. Eine offene Debattenkultur zurückgewinnen: Mehr innerparteiliche Demokratie wagen

Die SPD braucht jetzt eine offene und lebendige Debatte über ihre Zukunft in einer grundlegend veränderten Parteienlandschaft. Es muss dabei auch um eine Revitalisierung der SPD als lebendige Mitgliederpartei gehen. Wenn sich die Partei weiterhin den entpolitisierenden Top-Down-Prozessen ergibt, wie wir sie nun seit Jahren kennen („Basta“-Politik), dann wird ihr politisches Innenleben weiter erlahmen und jedwede Strahlkraft und Artikulationsfähigkeit nach außen verloren gehen. Denn unter den Bedingungen einer Top-Down-Politik lohnt Partizipation nicht. Nur eine wirklich und effektiv partizipierende Partei kann den politischen Kitt erzeugen, den es braucht, um als Partei erfolgreich sein zu können. Top-Down-Strukturen sind dagegen der beste Nährboden für eine Erosion der innerparteilichen Bindekräfte und den Übergang zu einem wenig produktiven Einzelkämpfertum. Die voreilige Festlegung auf den Fraktionsvorsitz, ohne zuvor in die Partei „hineinzuhören“, steht leider in der Kontinuität dieser Top-Down-Politik.

5. Kurskorrekturen einleiten: Mehrheiten nicht mehr länger ignorieren

Es wird Zeit brauchen, bis die SPD das verlorene Vertrauen bei großen Teilen des ehemaligen Elektors zurückgewinnen kann. Grundvoraussetzung dafür sind deutliche Kurskorrekturen in zentralen Politikfeldern:

- Im Bereich der Alterssicherung muss die **reguläre Altersgrenze für einen abschlagsfreien Rentenbezug wieder auf das 65. Lebensjahr abgesenkt** werden. Denn der Einspareffekt der „Rente mit 67“ ist letztlich zu gering (ein um 0,5 Prozent geringerer Beitragssatz im Jahre 2030), als dass er diesen gravierenden Einschnitt in die Lebensplanung von Millionen von Beschäftigten rechtfertigen würde.
- Arbeitslose Menschen müssen in unserer Gesellschaft menschenwürdig leben können. Eine **Anhebung der Hartz-IV-Regelsätze** entsprechend der Forderung der Wohlfahrtsverbände ist deshalb unabdingbar. Um Kinderarmut zu begegnen, ist ein **eigenständiger Regelsatz für Kinder** erforderlich. **Altersvorsorgevermögen** ist **anrechnungsfrei** zu stellen.
- Angesichts der gewaltigen Kosten der Finanzkrise sind einerseits die Verursacher mittels einer Börsenumsatz- und einer internationalen Finanztransaktionssteuer in die Finanzierungspflicht zu nehmen. Doch geht es darüber hinaus darum, im Rahmen der Steuerpolitik einen echten Lastenausgleich zu organisieren. Die SPD muss auf die

Wiedereinführung der ausgesetzten Vermögenssteuer drängen, um die Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur entscheidend zu stärken.

- d. Wir müssen einen Strukturwandel von Wirtschaft und Gesellschaft in Deutschland und Europa weg von einer reinen gewinnbezogenen Exportwirtschaft organisieren. Denn die riesigen Handelsbilanzüberschüsse Deutschlands (sowie Chinas und Japans) waren mitverantwortlich für die weltweiten Ungleichgewichte und die Weltwirtschaftskrise. Stattdessen benötigen wir eine **Wirtschaft und Gesellschaft, die die lange vernachlässigten Bedürfnisse der Menschen im Inland in den Vordergrund** stellt: Infrastruktur, Bildung, Weiterbildung, Forschung, Gesundheit und Pflege.
- e. Die SPD muss sich für einen **sofortigen Strategiewechsel in der Afghanistan-Politik** einsetzen. Die bisherige Strategie kann nicht zum Erfolg führen. Die Kampfeinsätze ziehen immer mehr zivile Opfer nach sich. Die dortigen Sicherheitskräfte müssen schnellstmöglich in die Lage versetzt werden, selbst für Sicherheit im Land zu sorgen. Es ist höchste Zeit, eine konkrete Ausstiegsspektive zu entwickeln. In spätestens zwei Jahren muss der Truppenabzug abgeschlossen sein.

6. Für eine neue Erzählung der sozialen Demokratie

Entscheidend wird nun sein, dass sich die SPD inhaltlich wie personell komplett neu aufstellt. Die Sozialdemokratie muss sich wieder auf eine schlüssige und strahlkräftige „Botschaft“ verständigen, um ihr Anliegen einer „gleichen Freiheit“ auf solidarischer Grundlage auf die Höhe der Zeit zu bringen. Mit der Grundphilosophie der Agenda 2010 lässt sich diese Aufgabe nicht bewerkstelligen. Wenn sich die SPD-Eliten nicht davon lösen, steht nicht nur der Charakter als Volkspartei zur Disposition.

Die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine politisch-programmatische Neuausrichtung der SPD sind im Prinzip so gut wie lange nicht mehr. Denn bereits der Zusammenbruch des „New-Economy“-Booms mit der Folge einer langen wirtschaftlichen Stagnation und einer zunehmenden sozialen Kluft haben massenhaft für Ernüchterung gesorgt: Bis weit in die Reihen der sog. „neuen Arbeitnehmermitte“ hinein ist die Überzeugung gereift, dass sie ohne soziale Rechtsgarantien und verbrieft Ansprüche den enorm gestiegenen Risiken einer entgrenzten, stressüberladenen und konkurrenzfixierten Arbeitswelt schutzlos ausgeliefert wären. Weil das neuliberale Lebensmodell polarisiert und spaltet, konnte sich auch in modernen Arbeitnehmermilieus eine neue Wertschätzung für soziale Sicherheiten entwickeln. Schon der Ausgang der Bundestagswahl 2005 hatte eindrucksvoll belegt, dass rabiate neoliberale „Reformen“ von einer überwiegenden Mehrheit der Deutschen schlicht abgelehnt werden.

Diese neue soziale Sensibilität kann für die Sozialdemokratie der entscheidende Anknüpfungspunkt sein, um für eine zeitgemäße Konzeption sozialer Gerechtigkeit zu werben. Die Aufgabe der SPD besteht darin, den offenkundigen Grundwiderspruch der neoliberalen Modernisierungspolitik offensiv zu artikulieren und Partei zu ergreifen für die sozialstaatlich geprägten Überzeugungen einer Bevölkerungsmehrheit (der Staat als Garant der sozialen Bürgerrechte und der gerechten Verteilung). Es muss einerseits um die offene parteiische Artikulation der sozialen Interessen der Arbeitnehmer und sozial Benachteiligten gehen. Und andererseits verlangt der wirtschaftliche Strukturwandel nach neuen sozialen Gestaltungskonzepten für eine stärker individualisierte Arbeits- und Lebenswelt, die den Risiken entgrenzter Arbeit eine demokratische und auf Kollegialität beruhende Arbeitskultur entgegengesetzt. Die Humanisierung der Arbeitswelt bleibt für uns gerade in einer älter werdenden Arbeitsgesellschaft unverzichtbar. Die Aufgabenstellung reicht dabei von der konsequenten Bekämpfung sämtlicher Formen prekärer Beschäftigung über neue demokratische Mitbestimmungsmöglichkeiten bei Standortverlagerungen, Fusionen oder Outsourcing bis hin zur – längst noch nicht vollzogenen – Abkehr von einer shareholder-value-Ökonomie der kurzen Frist.

Unterzeichnerinnen und Unterzeichner (Stand: 29.09.2009)

- Harald Unfried, Mitglied SPD-Landesvorstand Bayern
- Werner Schieder, MdB
- Adelheid Rupp, MdL, AsF-Landesvorsitzende Bayern
- Marietta Eder, Juso-Landesvorsitzende Bayern
- Simone Burger, stv Juso-Bundesvorsitzende
- Franz Schindler, MdL, SPD-Bezirksvorsitzender Oberpfalz
- Philipp Dees, Mitglied SPD-Landesvorstand Bayern
- Sebastian Roloff, Mitglied SPD-Landesvorstand Bayern
- Markus Grill, AfA-Vorsitzender Schwaben
- Dr. Helmut Pfister
- Dr. Sigrid Skarpelis-Sperk, MdB a.D.
- Thomas Asböck, stv. Juso-Landesvorsitzender Bayern
- Nicole Bormann, stv. Juso-Landesvorsitzende Bayern
- Verena Dietl, stv. Juso-Landesvorsitzende, Stadträtin
- Johannes Hintermeier, stv. Juso-Landesvorsitzender Bayern
- Daniel Kalteis, stv. Juso-Landesvorsitzender Bayern
- Eylem Karatas, stv. Juso-Landesvorsitzende Bayern
- Markus Tichai, stv. Juso-Landesvorsitzender Bayern
- Johanna Ueckermann, stv. Juso-Landesvorsitzende Bayern
- Daniel Abitor, Juso-Bezirksvorsitzender Oberbayern
- Martin Oswald, Juso-Bezirksvorsitzender Niederbayern
- Marion Segnitzer, Juso-Bezirksvorsitzende Schwaben
- Victor Strogies, Juso-Bezirksvorsitzender Mittelfranken
- Roland Fischer, stv. Vorsitzender der SPD München
- Horst Schmidbauer, MdB a.D.
- Ursula Weser, stv. AfA-Landesvorsitzende Bayern
- Bettina Marquis, Mitglied AsF-Landesvorstand Bayern
- Ursula Kirmeier, Mitglied AsF-Landesvorstand Bayern
- Corinna Poll, Mitglied AsF-Landesvorstand Bayern